

Pressemitteilung

Umweltbundesamt (UBA)

Jana Schmidt

25.11.2003

<http://idw-online.de/de/news72793>

Buntes aus der Wissenschaft, Studium und Lehre, Wissenschaftliche Tagungen
Bauwesen / Architektur, Biologie, Geowissenschaften, Meer / Klima, Tier / Land / Forst, Umwelt / Ökologie
überregional

Bei Strategien zum Flächenverbrauch Bodenqualität stärker beachten

Qualität des bodenkundlichen Sachverstands muss erhalten bleiben Täglich werden in Deutschland rund 105 Hektar Fläche für Siedlung und Verkehr verbraucht. Das hat Auswirkungen auf die Umwelt - und vor allem auf die Böden. Welche Strategien des Bodenschutzes die Flächeninanspruchnahme für Siedlung und Verkehr wirksam reduzieren können, darüber diskutierten Fachleute im November 2003 im Umweltbundesamt (UBA). Zum Fachgespräch wurden drei - von Bund und Ländern finanzierte - Forschungsprojekte vorgestellt. Die Fachleute forderten, die Bodenqualität beim Flächenverbrauch stärker zu berücksichtigen.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer betonten die Notwendigkeit, besonders wertvolle, seltene und fruchtbare Böden vor Bebauung zu bewahren. Notwendige Siedlungserweiterungen sollten auf brachgefallenen, ehemals gewerblich oder industriell genutzten Flächen stattfinden. Dabei haben Planungs- und Zulassungsverfahren eine besondere Bedeutung. Voraussetzung hierfür ist, die Belange des Bodenschutzes in allen Planungs- und Zulassungsverfahren zu berücksichtigen. Im Mittelpunkt müssen dabei der Schutz der natürlichen Bodenfunktionen (Boden als Lebensgrundlage, Teil des Naturhaushaltes, Filter und Puffer gegenüber Stoffeinträgen) sowie der Funktion des Bodens als Archiv der Natur- und Kulturgeschichte nach dem Bundes-Bodenschutzgesetz stehen.

Bei Planungs- und Genehmigungsverfahren haben die Umweltverträglichkeitsprüfung sowie die naturschutz-rechtlichen Instrumente - zum Beispiel die Landschaftsplanung - eine besondere Bedeutung. Wichtig ist es, den Bodenschutz in allen Verfahren auf unterschiedlichen Planungsebenen besonders in regionaler und kommunaler Planung stärker zu beachten. Neben rechtlichen Regelungen ist das Verständnis für den Wert des Bodens bei den Entscheidungsträgern in den Ländern und Gemeinden entscheidend.

Der Vollzug des Bundesbodenschutz- und des Naturschutzgesetzes sowie des Baugesetzbuches setzt - neben ausreichenden Budgets bei Bund, Ländern und Gemeinden - vor allem bodenkundlichen Sachverstand voraus. Dieser ist teilweise auf der untersten Planungsebene wegen der geringen Finanz- und Personaldecke nicht vorhanden.

Eine qualifizierte fachliche Bewertung der Böden ist Grundlage für jede Aussage zum Boden in Planungs- und Genehmigungsverfahren. Erfahrene Bodenkundler können das gewährleisten. Ihre Ausbildung muss deshalb an Universitäten und Fachhochschulen weiter erhalten und unterstützt werden.

Berlin, den 25.11.03

(2.541 Zeichen)